

Der Fichenskandal wird bereinigt

Der Schweizer Nachrichtendienst löscht eine Mehrheit der Staatsschutzakten

christian mensch

Vor Jahresfrist arbeitete der Staatsschutz mit 210 000 Fichen. Heute hat er nur noch direkten Zugriff auf 46 000 Isis-Dossiers.

Der Schweizer Staatsschutz ist Mitte der Nuller-Jahre dem Sammelrausch verfallen. Als hätte es den ersten Fichenskandal nie gegeben, schoss die Zahl der fichierten Personen von 60 000 im Jahr 2004 auf 210 000 fünf Jahre später. Die Übersicht, welche Informationen in der Isis-Datenbank gespeichert wurden, war verloren gegangen. Die Auflage, die Daten spätestens nach fünf Jahren zu überprüfen oder zu löschen, wurde ignoriert oder die Frist technisch manipuliert. Mitteilungen gingen ein, ohne dass ihre Staatsschutzrelevanz überprüft worden wäre.

Die Geschäftsprüfungsdelegation (GPDel) der eidgenössischen Räte fasste die Missstände im vergangenen Sommer in einem geharnischten Bericht zusammen. Angefeuert wurde die von Claude Janiak (SP, BL) präsidierte Delegation durch die 2008 aufgeflogene Fichierung von Basler Grossräten.

Die Kritik hatte Folgen. Markus Seiler, Direktor der seit einem Jahr als Nachrichtendienst des Bundes (NDB) zusammengefassten Geheimdienste, erlies unmittelbar nach dem GPDel-Bericht die Weisung, Informationen sollten selektiver gesammelt werden. Was staatsrechtlich eigentlich selbstverständlich sein müsste, wurde zum erklärten Ziel: Nur wer gefährlich ist, soll künftig fichiert werden.

Datenlöschung. Der Abbau des Fichenberges von 210 000 auf vorerst 90 000 sei aber vor allem auf den Einsatz eines neu geschaffenen, automatischen Datenlöschprogramms zurückzuführen, heisst es im Jahresbericht des NDB. Damit wurden all jene Personen ausgefiltert, deren sogenannte Fotopasseinträge beim Grenzübertritt gespeichert worden sind. Bundesrat Ueli Maurer erklärte anlässlich der Präsentation des Jahresberichts, in den vergangenen zehn Monaten hätten zudem die Altlasten deutlich abgebaut werden können. Von den 114 000 Isis-Eintragungen, die ohne Nachkontrolle länger als fünf Jahre in der Datenhalde gespeichert waren, hätten 70 000 überprüft oder gelöscht werden können. Die restlichen 44 000 sollten Ende 2012 aufgearbeitet sein. Auf diese Daten haben die Nachrichtendienstler heute keinen direkten Zugriff mehr. Wollen sie Einsicht nehmen, ist es am externen Datenschutzbeauftragten Hansruedi Stadler, dafür grünes Licht zu geben oder dieses zu verweigern.

Konkret bedeutet dies: Von den verbliebenen 90 000 Fichen haben die Staatsschützer nur gerade auf 46 000 direkten Zugang. Zum befristeten Mandat des ehemaligen Ständerats Stadler (CVP, UR) gehört auch die Überprüfung der Erfassungskontrolle, die ebenfalls den rechtlichen Ansprüchen nicht genügte. Obwohl der Bestand an nicht überprüften Meldungen in den vergangenen zehn Monaten knapp halbiert werden konnte, harren noch immer rund 9000 Meldungen der Bearbeitung.

Zufluss halbiert. Maurer erklärte, durch einen enger gefassten Auftrag an die Kantone, die vor allem echte oder vermeintliche Staatsschutz-Informationen sammeln, habe der Datenzufluss auf die Hälfte reduziert werden können. Dadurch könnten weiterhin mehr Fichen gelöscht als neue erstellt werden.

Der Basler Staatsrechtler Markus Schefer bestätigt die neue Politik des Bundes. Es habe ein Paradigmawechsel stattgefunden, sagt Schefer. Claude Janiak sieht durch das Erreichte die Skepsis der GPDel bestätigt. Der Verdacht habe sich durch den massiven Abbau der Fichen bewahrheitet, dass der Nachrichtendienst bei Weitem nicht nur staatsschutzrelevante Informationen gesammelt habe.